

Der konservative Parteitag.

Zu dem konservativen Parteitag schreibt das „Konservative Wochenblatt“:

Hinsichtlich des Ergebnisses und des Charakters des Parteitages möchten wir uns für heute auf die folgenden Bemerkungen beschränken:

Die als Parteitag der konservativen Partei geltende Versammlung hat an dem ihr vorgelegten Entwurf in drei Punkten eine wesentliche Veränderung vorgenommen. Einmal ist der Entwurf, der ursprünglich nichts enthielt, was direkt als der konservativen Auffassung zuwiderlaufend bezeichnet werden konnte, der nur viele Einzelheiten aufzählt, über die unzulässig und notwendig in konservativen Kreisen die Äußerungen sehr auseinandergehen, und der mehr im Sinne eines Wahlspruchs als eines Programms abgefaßt ist, — einmal, sagen wir, ist der Entwurf in die Geltung als Parteiprogramm, und zwar als alleiniges Parteiprogramm der deutschen Konservativen gesetzt, wie aus der nach dem Antrag Klasing-Kappo am Kopf vorgenommenen Aenderung zweifellos hervorgeht. Sodann ist die Stellung in der „Judenfrage“ verschärft, indem der Ausdruck der Mißbilligung gegenüber den Ausschreitungen der antisemitischen Bewegung gestrichen wurde. Endlich ist das Verhältnis zur Sozialdemokratie anders normiert, innerhalb deren nach bekanntem Vorbild ein Unterschied zwischen „guten“ und „bösen Sozialdemokraten“ gemacht wird, und von der nur „besseren“ Anhänger, deren vaterlandsliebe und auf den Umsturz gerichtete Bestrebungen keine Kreise unseres Volkes gefährden, als Feinde der staatlichen Ordnung bekämpft werden sollen“ — aber nicht etwa „mit den Machtmitteln des Staates“, sondern wie jede andere geistige Partei, also nur mit „geistigen Waffen“.

So wesentlich die sachliche Bedeutung dieser Veränderungen aber auch ist — von denen die letztgenannte zweifellos eine konservative Grundanschauung, die von der parlamentarischen Vertretung der Partei bisher mit feiglicher Vertretung wurde, preisgegeben ist, ist das Charakteristische dieses Parteitages doch in noch höherem Maße in dem „Tone, der die Musik machte“, zu suchen. Dieser sogenannte konservative Parteitag, dessen Art der Zusammenkunft für uns ein Rätsel ist und ganz ohne Zweifel sehr kritische Stellen gehabt haben muß, war nicht eine Versammlung ruhiger Männer, die in ernster Arbeit und von hohen politischen Zielen geleitet der Herausgestaltung des ihnen gemeinsamen obliegen, die auch äußerlich die gesammelte, vornehme Haltung an den Tag legen, auf die man in der konservativen Partei sonst Werth legt, sondern ein treuer Abzug von dem Typus der Berliner Antisemitischen Versammlungen. Diese Anschläge eines Strassismus, der gegen Parteigenossen geübt wurde und dessen maßlose Nebenbuhler selbst die „Kreuzzeitung“ sich wiederzugeben scheint, diese Art, mehr mit lärmendem Geräusch als mit Grübeln Beweise führen, diese jubelnden Beifallskundgebungen für die Herren, die sich als Wähler von Altwater vorstellten, die Hochrufe, die auf Altwater selbst angestimmt wurden, das alles sind Züge, die dem Produkt dieser Versammlung, dem neuen Programm, welches die konservative Partei acceptiren soll, seinen eigenartigen Charakter aufdrücken. Wir fürchten, daß dieser Tag als ein des neusten schwärzester Art in den Annalen der Partei dastehen wird. Er ist der Endpunkt einer Entwicklung, die wir mit bangender Sorge durch die letzten Jahre verfolgt haben, die Partei unter dem maßgebenden Einfluß der „Kreuzzeitung“ gebracht und die jetzt ihren Kulminationspunkt in der unzulässigen Dämonie gefunden hat, daß das „Volk“ als das leitende Organ der konservativen Partei betrachtet werden muß.

Wir haben nie die Bedeutung der Uebelstände unterschätzt, die den Anstoß zu der antisemitischen Bewegung gegeben haben, und wieder und wieder darauf gedrungen, die richtige Stellung, nach der positiven wie nach der negativen Seite, zu dieser Bewegung zu nehmen. Denn die „Judenfrage“ kann von den Konservativen weder als Rassenfrage mit bössigen persönlichen Ausfällen, noch als religiöse Frage behandelt werden; die verlässliche Erwägung, das ethische Urtheil und die humane Gesinnung, die unsere Christenpflicht ist, führen uns vielmehr in gleicher Weise zu dem Schluß, daß man allein auf wirtschaftlichem und sozial-politischem Gebiet gegen die Schäden, die die unzulässige Entwicklung haben, ankämpfen kann und daß es darüber hinaus nur weniger Regeln der Vorsicht für die Verwaltung bedarf, bei denen aller begleitender Lärm entbehrt ist. Wir können insbesondere unmöglich in der Abwehr der „Judenfrage“, vor deren Aussicht das deutsche Volk stehen soll und der es nur verfallen könnte, wenn es dieses Schicksal verdient, die Dummheit der Aufgabe der konservativen Partei erblicken. Vor allem aber stellt uns der Antisemitismus, das nach unabweislichen Symptomen in den konservativen Geschäftsbetrieb aufgenommen werden soll, der Versuch, demagogische Manieren für konservative Zwecke in Ausbeutung zu nehmen, auf eine abschüssige Bahn; er stellt uns vor die ernste Gefahr, daß in diesem Raubbau das Kapital von der Autorität, von Achtung vor Obrigkeit und Gesetz, auf welches wir für die schweren Kämpfe, die unserer Gesellschaft noch bevorstehen, angewiesen sind, verbraucht und verwirrt wird. In der Meinung, nach solchen Dummheiten zu greifen, offenbart sich die traurige Wirkung der Einführung des allgemeinen Stimmrechts, der für unser Vaterland verhängnisvollsten Maßregel, die in den letzten Jahrzehnten getroffen ist und neben der alle anderen Mißgriffe des „neuen“ wie des „alten Ausges“ Rinderpfeil sind, leider auch nach der Seite der konservativen Partei, die wir — trotz der starken Verführung — dagegen gefühl haben. Die konservativen Partei kann aber ihre Sache nicht auf das Fahren nach der Volksmeinung, auf die Kapitulation der Zustimmung turbulenter Volks-Versammlungen stellen; sie geht an solchen „Reformen“ ihres inneren Wesens, an solchen Versuchen, sich in eine „Volkspartei“ mit denjenigen charakteristischen Merkmalen umzuwandeln, zu Grunde. Die allgemeine Stellung zu den großen wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die die Zeit bewegen, ist in unserem alten Programm aus dem Jahr 1876 in klarer und ausreichender Weise festgelegt; die Politik, deren wir zur Erledigung der sogenannten „Judenfrage“ bedürfen, ist nichts als eine aus diesen allgemeinen Grundfragen zu entnehmende, angewandte Politik, und so werden wir an dem, was genügt und was gerade durch

seine in schlichten und weiten Linien gehaltene Umgrenzung und vor Abwegen bewahrt, festhalten. Mit diesem Entschluß sind wir auch ganz sicher — mögen wir im Augenblick auch nur als eine kleine Minderheit erscheinen — die Meinung weiter und durch ihre Intelligenz wie ihre politische Erfahrung hervorragender konservativer Kreise im Lande zu treffen.

Zu dem konservativen Parteitag schreibt das „Konservative Wochenblatt“:

Daß man tatlich richtiger gethan hätte, das alte Programm ruhig fortzuführen zu lassen und jede Stellung zu aktuellen Fragen einem kurz und paßend gehaltenen Wahlspruch vorzubehalten, ist noch jetzt unsere Meinung. Die langatmigen Sätze zweier neben einander stehenden Programme werden zu Wahlsätzen bestenfalls wirkungslos sein. Was man den Wählern zu sagen hat, wird man dann doch noch besonders formulieren müssen, und lediglich auf diese Formulierung wird es zu Wahlsätzen ankommen. Im übrigen hat der Parteitag der Tagesordnung Rechnung getragen. Ob zum dauernden Nutzen der konservativen Sache, muß der Erfolg lehren. Unseres Wissens sind wir es gewesen, die zuerst von dem „Tropfen antisemitischen Deles“ sprachen, der den Konservativen von nöthen sei. Jetzt will man aus diesem Tropfen, wie es scheint, einen uferlosen Ozean machen. Man wird ja sehen, wie weit man damit kommt.

In der kirchlichen Presse werden die Bedenken gegen die neueste Entwicklungs-Phase des Konservatismus theils durch Schweigen über die Versammlung, theils ausdrücklich bekundet.

Deutschland.

Berlin, 12. Dezember. Der Kaiser ist vorgestern Nacht von den Jagdplätzen in Springe wohlbehalten nach dem Neuen Palais zurückgekehrt. Am gestrigen Vormittag wohnten die kaiserlichen Majestäten dem Gottesdienste in der Friedenskirche zu Potsdam bei. Mittags empfing der Kaiser den Chef des Generalstabes der Armee Generalleutnant Graf v. Schlieffen II. und hatte eine Konferenz mit dem Reichsfürst Grafen v. Caprivi. Am Nachmittag um 1½ Uhr fand bei dem Kaiserpaare in der Jaspis-Galerie des Neuen Palais eine Frühstückstafel von einigen 30 Personen statt. — Heute früh besuchte der Kaiser eine Einladung des Amtes des Diebstahls zur Jagd zu entsprechen und sich nach Barbis zu begeben. Die Abreise von Station Wilmersdorf erfolgte mittels Sonderzuges früh 7 Uhr 17 Minuten über Wannsee und die Ankunft in Barbis Vormittags 9 Uhr 39 Minuten, worauf die Jagden sofort ihren Anfang nahmen. Abends 8½ Uhr erfolgt dann die Weiterreise von Barbis nach Neugartenleben.

Der Seniorenkonvent des Reichstags hat den Beginn der Weihnachtsferien auf den 16. Dezember festgesetzt, bis wohin die ersten Beratungen der Militärvorlage und der Steuervorlagen erledigt sein werden.

Die Reichstagskommission nahm den Entwurf über Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung unverändert an mit einer Resolution, die Regierungen aufzufordern, die großen Unterschiede zwischen der mitteleuropäischen Zeit und der mittleren Zeit für Oken und Wesen bezüglich der in der vorliegenden Gewerbeordnungsnovelle festgesetzten Zeitbestimmungen für Beginn und Ende der Arbeitszeit angemessen auszugleichen, ohne daß die Dauer der Arbeitszeit verlängert wird.

Der New Yorker Berichterstatter der „Samb. Nachr.“ verzeichnet das ihm von gut unterrichteter Seite zugehende Gerücht, daß Karl Schurz vom künftigen Präsidenten Cleveland zum Gefandten für Berlin anzufragen sei. Cleveland, so sagt man, soll nicht allein einen für diesen Gefandtenposten besonders geeigneten Staatsmann in Schurz erblicken, sondern auch zu dieser Ernennung sich durch die werthvollen Dienste, die Schurz und die Deutschen ihm in der Wahlkampagne geleistet, verpflichtet fühlen.

Am 11. Dezember nachfolgend sind im November des laufenden Jahres in den deutschen Wäldern nur 1000 und Kupferminen und zwar von den ersten für 90,877.80 Mark Zinnzinnpennungstücke, für 221,323.30 Mark Zinnpennungstücke, für 89,530.80 Mark Zinnpennungstücke und von den Kupferminen für 27,155.64 Mark Zinnpennungstücke ausgeprägt worden.

Köln, 10. Dezember. Das hiesige Polizeipräsidium hat sozialwissenschaftliche Vorträge durch Mitglieder der Gesellschaft Jesu als unter das Jesuitengesetz fallend unterlag und die politische Anmeldung der im Hermann-Josef-Haus für Köln stattfindenden Vorträge verlangt. Das diesbezügliche Schreiben hat nach der „Köln. Volksztg.“ folgenden Wortlaut: „Köln, den 3. Dezember 1892. Zeitungsanmeldungen zufolge hat der Professor Cathrein, Erzbischof in Holland, welcher Mitglied des Ordens der Gesellschaft Jesu ist, am 30. v. M. im Hermann-Josef-Haus, Grenzstraße 18 hierseits, einen Vortrag über das Thema: „Der Sozialismus und die unabhägige Moral“ gehalten. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß die Abhaltung wissenschaftlicher religiöser Vorträge von Seiten der Mitglieder des Ordens der Gesellschaft Jesu eine Ausübung der Ordensfähigkeit und daher gesetzlich unzulässig ist. Ich unterlage Ihnen daher ausdrücklich, für die Folge zu halten, daß in den Ihnen gehörigen Räumen des katholischen Seelsorgeheims von Seiten des Professors Cathrein oder anderer Mitglieder des gedachten Ordens wissenschaftliche religiöse Vorträge gehalten werden. Um Verlegenheiten die weiter beabsichtigten Beratungen, in denen soziale Vorträge gehalten werden sollen, dem Gesetz vom 11. März 1850. Die Vorträge sind daher gemäß § 1 dieses Gesetzes rechtzeitig bei der Ortspolizeibehörde anzugeben. Der Polizeipräsident v. König.“

Springe, 10. Dezember. (W. T. B.) Nach der Jagd, welche eine reichliche Beute ergab, kehrte Se. Majestät der Kaiser, sowie die übrige Jagdgeellschaft nach dem Jagdschloß zurück, wo um 4½ Uhr die Mittagstafel stattfand. Gegen 6 Uhr traf Se. Majestät der Kaiser die Rückreise über Hannover nach Potsdam an.

Hannover, 10. Dezember. (W. T. B.) Se. Majestät der Kaiser traf um 6 Uhr 50 Minuten auf dem hiesigen Bahnhof ein und setzte um 7 Uhr die Weiterfahrt nach Potsdam fort.

München, 10. Dezember. (W. T. B.) Bei der Reichstags-Erwahl wurden bis jetzt aus 122 Wahlbezirken gewählt: für Rintz (Zentr.) 6039 Stimmen, Sigi (Zentr.) 2613, Wagner (natlib.) 2553 und für Rintz (Sozialdem.) 784 Stimmen. Aus 25 Bezirken fehlen die Wahlergebnisse noch.

München, 11. Dezember. (W. T. B.) Bei der Reichstags-Erwahl Rantfuren-Wahlbezirk werden bis jetzt aus 131 Wahlbezirken gewählt: für Rintz (Zentr.) 7101 Stimmen, Sigi (Zentr.) 2657, Wagner (natlib.) 2631 und für Rintz (Sozialdem.) 803 Stimmen.

München, 11. Dezember. Eine gestern Abend abgehaltene Versammlung des demokratischen Vereins nahm einstimmig eine Resolution gegen die Militärvorlage an, worin auch die Zurückweisung aller erhöhten Anforderungen für militärische Zwecke, sowie ferner erwartet wird, daß der bayerische Vertreter im Bundesrat gegen die Höherbesteuerung des Bieres und aller übrigen Verbrauchsgegenstände stimmen werde. Auf Antrag des Schriftstellers Dr. Konrad erklärt die Versammlung am Schluß der Resolution, daß der Militärstaat die Kulturaufgaben des deutschen Volkes unmöglich mache.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. Dezember. (W. T. B.) Der Ausschuss des Abgeordnetenhauses für die Revision der Geschäftsordnung beschloß, dem Präsidium das Recht einzuräumen, nach vorhergegangener Rüge oder Ordnungsrufen einem Abgeordneten bis zur Dauer von 10 Sitzungen das Wort zu entziehen. Die Maßregel soll mit Zustimmung eines Ehrenrates vorgehört werden, welcher auf Grund der Ernennung seiner Mitglieder durch den Präsidenten neu zu schaffen wäre, um den bisher üblichen Mißbilligungsausschuss bei gegenseitigen Verleumdungen von Abgeordneten zu ersetzen. Ein Antrag des Abgeordneten Graf Hohenwart, die Disziplinargewalt des Präsidiums in dem Sinne auszudehnen, daß dasselbe einen Abgeordneten von mehreren Sitzungen ausschließen könne, wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag, die Entziehung des Wortes von der Zustimmung von drei Vierteln der Mitglieder des Hauses abhängig zu machen, und das Interpellationsrecht dadurch zu erweitern, daß jede Interpellation innerhalb einer bestimmten Frist zu beantworten sei, widrigenfalls auf bloßes Verlangen des Interpellanten die Debatte zugelassen werden müßte.

Wien, 10. Dezember. (W. T. B.) Im Budgetausschusse des Abgeordnetenhauses erklärte der Finanzminister Dr. Steinbach auf eine Anregung des Abg. v. Pleuer zur Bestimmung der Budgetschere, die Regierung werde den Vorschlag v. Pleuers erwägen und event. eine darauf bezügliche Vorlage einbringen.

Wien, 10. Dezember. Blätter aller Parteien widmen dem Grafen Klenau freundliche Worte und heben seine taktvolle Vermittlung und persönliche Liebenswürdigkeit, sowie seine Feilschaft bei dem Rücktritt hervor. Das parlamentarische Bild wechelt fast täglich. Das Tageslorenzschiffahrtsgesetz in Klagenfurt reizt die deutschen Abgeordneten Rärnten, deren Landtagsführer Dr. Eugin nach Wien kam, veranlaßt dagegen die Slowenen, bei dem Hohenwartklub anzuhalten. Die deutsche Fraktion fährt fort, bei kleineren Fragen Mehrheiten gegen die Regierung zu bilden. Als Trinkgeld für die Polen brachte die Regierung die galizische Grundentlastungsvorlage ein, aber ohne Zustimmung der Polen kann die Vorlage kaum Gesetz werden. Somit werden die Polen vorläufig unbefriedigt bleiben. Die deutsche Fraktion und die Deutschnationalen halten heute Klubtagungen ab. Wahrscheinlich wird das von der Regierung vorgelegte dreimonatliche Provisorium abgelehnt, jedoch von der deutschen Fraktion voranständig die Bewilligung eines zweimonatlichen Budget-Provisoriums zugesprochen und beantragt werden. Auf solche Weise wollen wenigstens manche Mitglieder der deutschen Fraktion, die sich nicht getrauen, gründliche Opposition zu machen, die Budgetverweigerung maskiren, ohne doch mit der Regierung vollständig zu brechen.

Wien, 10. Dezember. (W. T. B.) Der „Pol. Korrespondenz“ zufolge dürfte die Veröffentlichung der Durchführungs-Verordnung zu dem Gesetz betreffend die Stempelgebühren von ausländischen Wertpapieren in den nächsten Tagen zu erwarten sein.

Wien, 10. Dezember. (W. T. B.) Der Kronprinz von Dänemark nahm heute beim Herzog Wilhelm das Mittagmahl ein und trat am Abend die Rückreise nach Kopenhagen an.

Peft, 10. Dezember. (W. T. B.) Auf allen Linien der Staatsbahnen ist heute Nachmittag der Verkehr wieder aufgenommen worden.

Belgien.

Brüssel, 10. Dezember. (W. T. B.) Münchener. Der französische Delegierte Tirard führte in einer längeren Rede aus, daß die Konferenz nur dann zu einer Lösung gelangen könne, wenn ein Antrag formuliert würde, der die vollen Umänderungen in den Münzgesetzen der europäischen Mächte nach sich zöge. Der Bismarckismus einfach an die Stelle des Monometallismus zu setzen, würde keine Aussicht auf Erfolg haben. Tirard hob hervor, daß, wenn die Großmächte übereinkämen, ihre Länder mit einer bestimmten Menge harten Silbergeldes für den Umlauf zu versehen, welche 20 bis 25 Franks auf den Kopf der Bevölkerung betragen könnte, sofort ein Steigen des Silbers eintreten würde, welches in Folge der größeren Stetigkeit des Wechsels für die internationalen Operationen aller Länder von Nutzen sein würde.

Frankreich.

Paris, 10. Dezember. (W. T. B.) Der Berichterstatter der Getreide- und Kommission der Deputiertenkammer gab in Folge der heutigen Abstimmung der Kammer über die Erhöhung der Vierzehnfachen seine Entlassung.

Die Panama-Untersuchungskommission vernahm heute den Bantier Oberdörffler, welcher erklärte, er habe von der Panama-Gesellschaft etwa 3½ Millionen als Kommissionsgebühr und für seine Teilnahme an dem Garantie-Symbolat erhoben; er habe aber niemals Panama-Obligationen an Politiker begeben. Der ehemalige Beamte der Dynamit-Gesellschaft Chevillard sagte aus, er habe einen Check von 550,000 Frks. für den ehemaligen Minister Darbe einliefert, er wisse jedoch nicht, wofür die Checks gezahlt wurden.

Die Kommission nahm Kenntnis von einem Schreiben des Ingenieur Bonaparte-Wyse, welcher lebhaft Angriffe gegen die Administration des Panama-Unternehmens richtet und erklärt, er habe sich von allen schwindehaften Geschäften gänzlich fern gehalten.

Paris, 10. Dezember. (W. T. B.) Deputiertenkammer. Der Marineminister Burdeau brachte eine Vorlage ein betreffend die Bewilligung eines weiteren Kredits von 6 Millionen Franks für die Expedition nach Dahomeh.

Die Kammer setzte sodann die Verathung der Getreidesteuer-Vorlage fort und nahm mit 293 gegen 253 Stimmen ein Amendement an, durch welches die Vermehrung der Vierzehnfachen, die 22 Millionen ergeben sollte, abgelehnt wird. Casimir Perier beantragte die Rückverweisung der Vorlage an die Budgetkommission, um ein Mittel als Ersatz für dieses Defizit ausfindig zu machen, obwohl dies nach seiner Ansicht unmöglich sei. Die Sitzung wurde sodann aufgehoben.

Paris, 10. Dezember. (W. T. B.) Die Panama-Untersuchungskommission ernannte im Einvernehmen mit dem Justizminister Bourgeois eine Delegation von 7 Mitgliedern, um die Gerichtsakten in der Panama-Untersuchung entgegenzunehmen; ferner wurde eine Delegation von 4 Mitgliedern ernannt, welche der Abnahme der Siegel und der Prüfung der im Nachlasse Reinach befindlichen Papiere beizuwohnen soll.

Paris, 11. Dezember. (W. T. B.) Das Journal „Libre Parole“ will wissen, Baron Reinach habe sich mit Alton verheiratet; die Zeitschriften hätten sich bereits über die Ursachen seines Todes schlüssig gemacht.

Der „Figaro“ erklärt das Gerücht von einem mit der Panama-Angelegenheit zusammenhängenden orleanistischen Komplott für unbegründet mit dem Hinzufügen, der Graf von Paris sei äußerst entnervt und denke nicht entfernt an Verschwörungen.

Paris, 11. Dezember. (W. T. B.) Die Budget-Kommission beschäftigte sich heute Nachmittag mit der Deduktion des durch die Ablehnung der Vierzehnfachen-Erhöhung entstehenden Defizits von 20 Millionen Franks und beschloß, die Form der Getreidesteuer vom Budget zu trennen. Indessen wird die Kommission der Kammer eine Erhöhung der Alkoholsteuer von 156 Franks 25 Cts. auf 256 Franks 25 Cts. und die Wiederherstellung der Vierzehnfachen für Paris vorschlagen. Diese Maßnahmen würden 20 Millionen ergeben. Der Berichterstatter der Getreide- und Kommission, Salis, hat die von ihm wegen des Kammervotums eingereichte Demission zurückgenommen.

Italien.

Rom, 6. Dezember. Die endgültige Aenderung des nächsten Konstituentiums für Kardinalernennungen hat sich ungewöhnlich lange hingezogen, obwohl mit Rücksicht auf die große Zahl der erledigten Sitze — es sind deren heute nicht weniger als 20 — die Dringlichkeit desselben wohl niemals lebhafter empfunden wurde als gerade jetzt. Vor vier Wochen wurde bereits mit ziemlich bestimmter Mehrheit der 8. Dezember als Tag des Konstituentiums angenommen, aber die Schwierigkeit, mit einzelnen Staaten zu einer Einigung über die vorzunehmenden Ernennungen zu gelangen, bewog den heiligen Stuhl, den Tag noch weiter hinauszuschieben. Wenn jetzt halbamtlich vom Vatikan aus die erste Hälfte des Jahres als Zeitraum für die Abhaltung des Konstituentiums angegeben wird, so ist damit allerdings eine weitere Verschiebung auch nicht ausgeschlossen; aber es wird wenigstens festgestellt, daß bezüglich einiger wichtiger Personalien die Unterhandlungen zum Abschluß gelangt sind. Dies bezieht sich zunächst neben den Verhandlungen mit Frankreich auf diejenigen mit Preußen. Dem lange gehegten Wunsch der preussischen Regierung, den Fürstbischof von Breslau Dr. Kopp mit dem roten Hute geschmückt zu sehen, stimmte der päpstliche Stuhl nunmehr zu, indem er dabei seine Bedingung, die gleichzeitige Ernennung des Erzbischofs von Köln zum Kardinal, durchgesetzt hat. Es werden darnach drei deutsche Kardinäle im hl. Konstituentium sitzen. Im Ganzen wird das künftige Konstituentium die Zahl der Kardinäle wieder auf 60 oder mehr bringen. Der Gesundheitszustand des Papstes hat bei der Aufhebung des Zeitpunktes für das Konstituentium nicht mitgewirkt; Leo XIII. scheint sich auf die Befähigung seiner Gesundheit genügend zu vertrauen, um nicht eine Verkleinerung des nächsten Konstituentiums wegen einer allfälligen erforderlichen werdenden Papiwahl zu wünschen. Die zeitweiligen Schwächheitsfälle und Unmachten, denen er unterworfen ist, sind eine Erscheinung, an die er selbst, sowie seine Aerzte sich derart gewöhnt haben, daß sie ihnen keine außergewöhnliche Befürchtung mehr erwecken. Nur die weiter aufsteigenden Kreise des Vatikan nehmen aus jedem solchen Vorfall Anlaß, an eine drohende Lebensgefahr zu denken. Im vorigen Donnerstag hat ein derartiges Ereignis, eine Ohnmacht in Folge augenblicklicher Ueberanstrengung bei einem Empfang, wieder einmal das Gerücht von dem Hinscheiden Leos XIII. erzeugt, dem aber sein Verthor Cecorelli sofort bei seinem Erscheinen im römischen Gemeinderath, dessen Mitglied er ist, widersprechen konnte. Die Wiederholung solcher Anfälle hat aber bewirkt, daß in der Umgebung des Papstes besondere Vorkehrungen getroffen sind, um rasche Hilfe bei der Hand zu haben. Im Uebrigen ist die regelmäßige und einfache Lebensweise des Papstes unverändert. Er geht um 11 Uhr Abends zu Bett, erhebt sich um 6 Uhr, hält seine Messe und seine Empfänge mit großer Pünktlichkeit und schöpft regelmäßig in den Nachmittagsstunden, wenn das Wetter es irgend erlaubt, frische Luft in dem vatikanischen Garten.

Spanien und Portugal. Madrid, 11. Dezember. (W. T. B.) Die neuen Minister werden heute Vormittag 11 Uhr den Eid leisten, die ministerielle Erklärung wird in den Kammern verlesen werden. — Stimmliche Prästen und mehrere diplomatische Vertreter Spaniens haben ihre Entlassung gegeben. Lissabon, 11. Dezember. (W. T. B.) Der deutsche Gesandte Graf v. Bray-Steinburg ist hier eingetroffen. Großbritannien und Irland. London, 10. Dezember. (W. T. B.) Einer Meldung der „Daily News“ aus Delfia zufolge

würde die bulgarische Regierung bei der nächsten Abschlagszahlung auf die bulgarische Schuld bei Rußland der russischen Regierung gegenüber die Forderung stellen, daß Rußland die von ihm während der Okkupation ausgegebenen Obligationen in Papier einlöse. Die dormalige Schuld Bulgariens an Rußland würde dadurch um 4½ Millionen Rubel verringert werden. Der Korrespondent der „Daily News“ fügt als seine Ansicht hinzu, daß Rußland die bulgarische Forderung ablehnen werde, weil der russisch-türkische Krieg im Interesse Bulgariens unterommen worden sei und weil der Berliner Vertrag wegen der an Rußland zu zahlenden Kriegsschuldung Vorzüge treffe, den jetzt von Bulgarien erhobenen Anspruch aber nicht erwähne.

Manchester, 10. Dezember. Der Verband der Fabrikanten von Spinnwaaren beschloß prinzipiell die Reduktion der Arbeitszeit während dreier Tage in der Woche. Eine endgültige Entscheidung ist vorbehalten.

Rußland.

Petersburg, 10. Dezember. (W. T. B.) Die Petersburger Diskontbank und die Internationale Handelsbank werden Renjah eine Ablagszins von 15 Rubel zahlen.

Amerika.

Newyork, 10. Dezember. (W. T. B.) Der hier aus Bremen einlaufende Dampfer „State of Alabama“ ist in Quarantäne gestellt worden, da er Kumpen aus angeblich infizierten deutschen Häfen bringt.

Buenos Ayres, 11. Dezember. (W. T. B.) Antonin Barrojo ist an Stelle Quintanas zum Minister des Innern ernannt worden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 11. Dezember. Das Schmeizen s. ind Stettins, das Koncert- und Vereinshaus hat nun endlich sein Interims-Konzert-Dasein aufgegeben und seine Thoren auf neuem Publikum geöffnet. In den weitesten Kreisen wird dies mit Freuden begrüßt werden, denn Jermann, welcher für das gesellschaftliche Leben in unserer Stadt Interesse zeigt, hat wohl mit Bedauern die Verdrängung des Unternehmens beobachtet. Die Wiedereröffnung wurde am Sonnabend Abend durch ein Abendessen im großen Saale gefeiert, an welchem ca. 120 Personen theilnahmen. Die neuen Pächter, die Herren H. C. Kinner sen. und Winter u. Lindner, hatten nichts veräumt, um den Eschienen den Abend „gemüthlich“ zu bereiten und über das Gesehene auch nur das zu hören. Nachdem Herr Kinner sen. die Gäste begrüßt und das neue Unternehmen dem ferneren Wohlwollen derselben empfohlen hatte, nahm der Vorsitzende des Ausschusses des Konzerthauses, Herr Dr. Debrück, das Wort. Er hob hervor, daß er sich nur ungern dazu entschlossen habe, nachdem sich die großen, vielleicht zu weitgehenden Erwartungen, welche die Begründer des Konzerthauses auf dies Unternehmen gesetzt hatten und denen er in seiner Rede bei der Eröffnung des Hauses im Jahre 1884 Ausdruck gegeben, so wenig erfüllt hätten. Wie ein Kapitän, der mit seinem neuen Schiffe die ersten Reisen erfolglos gemacht und trotzdem voll Muthes eine weitere Reise antritt, gehe auch die Gesellschaft zu der Wiedereröffnung des Konzerthauses. Als dasselbe i. Z. gebaut wurde, habe man die Verhältnisse Stettins überschätzt, die Räume waren zu groß hergerichtet und die spätere Verwaltung mag manchen Fehler gemacht haben, indem sie den Wünschen des Publikums nicht immer gerecht wurde. Inzwischen habe sich die Stadt bedeutend vergrößert und das Wachsthum derselben schreite rasch weiter, so daß zu hoffen sei, daß in Zukunft die Räume des Hauses sich nicht mehr als zu geräumig erweisen dürften. Freilich habe sich inzwischen ein Mißstand bemerkbar gemacht, die Konkurrenz sei dadurch gewachsen, daß kaum ein größeres Privathaus erbaut würde, in dem nicht ein größeres Restaurant errichtet würde, dies sei aber eben ein Mißstand, der sich auf die Dauer nicht halten könne, denn es sei unzulässig, da in seine Privathäuser Restaurationen sich nicht gehören. Man braucht daher der Zukunft nicht mit Bangen entgegenzugehen, um so mehr, als die neuen Pächter in ihrem Hause erprobt seien und bereits bewiesen hätten, daß sie ein großes Unternehmen eingerichtet und den Ruf derselben zu erhalten verständen. Mit dem Wunsche auf eine fernere erfreuliche Entwicklung des Unternehmens schloß Kinner mit einem Hoch auf das Konzerthaus und seinen neuen Pächter. Legere hatten mit dem Menu wohl alle Teilnehmer in vollem Maße zufrieden gestellt und einen erfreulichen Beweis ihres Könnens abgelegt. Wir wollen nun wünschen, daß denselben auch fernerhin die Gunst des Publikums entgegen gebracht würde, damit das Konzert- und Vereinshaus endlich seiner Bestimmung entsprechend ein Sammelplatz der Familien und der hier eintreffenden Fremden würde. Am gestrigen Eröffnungstage war der Besuch ein sehr erfreulicher.

Schon wiederholt ist darauf hinzuweisen, daß vom 1. Januar 1893 ab auf den deutschen Eisenbahnen für den inneren Verkehr das neue Frachtfreiformular der Verkehrsordnung und für den Verkehr, der sich auf Grund des internationalen Uebereinkommens über den Eisenbahnverkehr vollzieht, das in diesem festgesetzte internationale Formular zur Anwendung kommen, sowie ferner, daß die Verwendung der bisherigen, durch das Betriebsreglement für die Eisenbahnen Deutschlands von 1874 vorgeschriebenen Formulare vom 1. Januar 1893 ab nicht mehr gestattet ist. Auf diese durch die Veränderungen in den Grundlagen des Frachtwerttrages, insbesondere hinsichtlich der dem Publikum günstigeren Bestimmungen über die Verpflichtung der Eisenbahnen, gebotene Maßnahme wird erneut aufmerksam gemacht.

Eine aufregende Schlittenfahrt bestand gestern Vormittag ein Offizier, derselbe benutzte dazu einen Mißschlitten, dessen Gant etwas zu muthig war. In der Nähe des Berlinerthors wurde das Thier schen und stürzte die Schlittenstraße entlang, der Offizier rettete sich durch einen Sprung vom Schlitten, während der Reiter herabgeschleudert wurde, ohne glücklicherweise gefährliche Verletzungen davonzutragen. Das Pferd lief sodann mit dem Schlitten im Galopp die Diemardstraße und den Paradeplatz entlang und erst am Berlinerthor gelang es, dasselbe zum

